

Wien ist eine begehrte Stadt mit hoher Lebensqualität. Um die Standards aufrecht zu erhalten, müssen in den nächsten Jahren große Aufgaben gelöst werden. ExpertInnen der AK Wien haben sich mit den mannigfaltigen Problemstellungen auseinandergesetzt und Reformvorschläge für eine wachsende Stadt entwickelt. Im Oktober hat die Vollversammlung der AK Wien, das AK Parlament, den Leitantrag „Wien 2015-2020“ beschlossen. Wir zeigen die wichtigsten Aspekte von „Wien 2020“ und damit verbundene AK Forderungen in den Bereichen: Wirtschaft, Verwaltung, Verkehr, Arbeitsmarkt, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Mitbestimmung und Demokratisierung.



## UNSER KONZEPT FÜR EINE WACHSENDE STADT

### ARBEIT

## Erfrischung für den Arbeitsmarkt



**Mag Thomas Ritt**  
Leiter Abteilung  
Kommunalpolitik der AK Wien



**Mag Christian Resei**  
studierte Politikwissenschaft und  
ist freier Journalist

#### MitarbeiterInnen

Mag<sup>a</sup> Martha Eckl, Mag<sup>a</sup> Ulrike  
Gollonitsch-Gehmacher,  
Mag<sup>a</sup> Caroline Krammer, Dr Gernot  
Mitter, DI Christian Pichler,  
Dj<sup>in</sup> Judith Wittrich

Wien muss eine beschäftigungsfördernde Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik betreiben und stärker auf schlechter ausgebildete ArbeitnehmerInnen zugehen.

Der Wiener Arbeitsmarkt ist sehr dynamisch. Er verfügt einerseits über einen hohen Anteil an sehr gut qualifizierten Arbeitskräften, andererseits gibt es viele Arbeitsuchende mit zu geringen Qualifikationen. Oft haben diese Menschen nur einen Pflichtschulabschluss und sind mit Abstand am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen.

#### Arbeitsplatznahe Qualifikation

Qualifikationen schlecht ausgebildeter Arbeitsloser sollen verstärkt an die Nachfrage der Unternehmen im Ballungsraum angepasst werden, fordert die AK. An der so genannten „arbeitsplatznahen Qualifizierung“ beteiligen sich waff, AMS und Firmen – Arbeitslose werden direkt für die

Anforderungen des Unternehmens ausgebildet, die Betriebe müssen sich allerdings an den Ausbildungskosten beteiligen. „Hier sind insbesondere Unternehmen und ihre Vertretungen in der Verpflichtung“, erklärt Gernot Mitter, Arbeitsmarktexperte der AK Wien.

#### Qualifikationsplan 2020

Der Qualifikationsplan 2020 will die Zahl formal nicht qualifizierter Menschen in Wien

**„INSBESONDERE DIE UNTERNEHMEN UND IHRE VERTRETUNGEN SIND IN DER VERPFLICHTUNG, SICH AN DER AUSBILDUNG ZU BETEILIGEN“, GERNOT MITTER, ARBEITSMARKT-EXPERTE DER AK WIEN**

# en 2020



senken. Sei es durch eine Lehrausbildung oder eine schulische Ausbildung im Bereich des Gesundheits- und Pflegewesens (z.B. diplomiertes Krankenpflegepersonal). Zentrale Maßnahmen, etwa der Wiener Qualifikationspass oder das Wiener Anerkennungssystem sind derzeit in den Pilotierungsphasen. Zusätzlich ist die Zielgruppe der Asylwerber und Asylberechtigten heuer massiv gewachsen. AK Arbeitsmarktexperte Mitter: „Da wird man sich auch überlegen müssen, wie diese Menschen im Rahmen des Qualifikationsplanes 2020 besser an den Arbeitsmarkt herangeführt werden können.“

## Zukunft für ZuwanderInnen

AsylwerberInnen sollen die Zeit bis zum Erhalt des Asylbescheids gut nutzen und sich in die Gesellschaft integrieren können. Dazu gehört das Erlernen der Sprache und eine Ausbildung, die auf dem Arbeitsmarkt verwertbar ist. Ausländische Bildungsabschlüsse sollen auf allen Ebenen anerkannt werden. Wichtig ist, die Integrationsbemühungen des AMS für Asylberechtigte/subsidiär Schutzberechtigte mit den Maßnahmen im geplanten „freiwilligen Integrationsjahr“ sinnvoll zu vernetzen. Ein „Wiener Integrationspfad“ mit guten Informations-, Begleit- und Ausbildungsangeboten – inklusive Arbeitserprobungsmöglichkeiten – muss entwickelt werden.

## Leichter Zugang zur Mindestsicherung

Vergangenes Jahr haben beinahe 150.000

Menschen (rund 8% der Bevölkerung) bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) bezogen – mit steigender Tendenz. Mit ein Grund: in Wien sind BMS-Leistungen recht anonym zugänglich, während in ländlichen Gemeinden oft darüber „gewacht“ wird, wer welche Leistungen bezieht. Allerdings ist das Leistungsangebot der BMS in Wien teilweise schwer zu durchschauen – Betroffene sind von der Komplexität der Materie oft überfordert. „In Wien fehlt eine unabhängige Beratungseinrichtung für BMS-BezieherInnen“, weiß Experte Mitter. Auskünfte gibt es nur dort, wo auch der Antrag gestellt wird. Gernot Mitter: „Wenn ich aber Schwierigkeiten mit dem Sozialamt habe, hilft mir in Wirklichkeit nur die Beschwerdehotline der Sozialbehörde. Wir brauchen eine niederschwellige, unabhängige Beratungseinrichtung in Wien.“

## Chancen am 2. Arbeitsmarkt

Gleichzeitig sollen Menschen wieder ins Erwerbsleben zurückkehren können. Doch besonders für Langzeitarbeitslose ist das schwierig. In Wien gibt es zu wenige Beschäftigungsmöglichkeiten am 2. Arbeitsmarkt, obwohl Projekte der Volkshilfe einiges verbessert haben. Dort können sich Frauen und Männer wieder an den Berufsrythmus gewöhnen, sie werden betreut, um den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Die AK fordert mehr gute Projekte am 2. Arbeitsmarkt.

Die AK Wien fordert, dass innovationsfördernde Maßnahmen im Vordergrund stehen – sie sollen etwa den Strukturwandel zu wissensintensiven Dienstleistungen und stärker technologieorientierten produzierenden Unternehmen beschleunigen. In Zukunft müssen Unternehmen und Universitäten stärker kooperieren. Wichtig sind auch stärkere Investitionen in den Bildungssektor. Doch im Zentrum steht die Verbesserung der Zusammenarbeit der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, die als ein Wirtschaftsraum zu sehen sind. Finanzielle Grundlagen für Infrastrukturinvestitionen – von Schulen bis Öffentlicher Verkehr – müssen geschaffen werden. Zu den wesentlichen Voraussetzungen für den Erfolg dieser Strategien gehören die Durchsetzung des Bestbieterprinzips und eine gesetzliche Beschränkung der Sub-Subunternehmerkette. Begleitend müssen regelmäßige Kontrollen durch öffentliche Auftraggeber und verstärkte Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat erfolgen. In Zukunft müssen Faktoren wie Umweltbelastung, Qualitätssicherung, kürzere Bauzeiten oder soziale Kriterien wie die Ausbildung von Lehrlingen oder die Beschäftigung älterer MitarbeiterInnen berücksichtigt werden – das zeichnet Unternehmen aus, die Bestbieter sein wollen. Damit geht auch die AK Forderung nach der Gründung einer „Wiener Beschäftigungsgesellschaft“ Hand in Hand. Denn vor dem Hintergrund zahlreicher Arbeitssuchender mit sehr geringen Reintegrationschancen auf dem Jobmarkt wird diese neue Institution immer wichtiger.



**Damit das ÖV Angebot attraktiv bleibt, muss auch das Straßenbahn-Schienennetz ergänzt werden**

## WIENER VERKEHRSTÜFTELEI

# Mehr Öffis, mehr Region

Gerade eine wachsende Stadt stellt für die Verkehrsplanung eine Herausforderung dar. Öffis, Fuß- und Radverkehr und eine bessere Kooperation über die Wiener Stadtgrenzen hinaus stehen im Mittelpunkt.

Die Wiener Mobilitäts-Performance ist durchaus fortschrittlich. Rund 39 Prozent der WienerInnen nutzen für ihre Wege den Öffentlichen Verkehr (ÖV), 26 Prozent der EinwohnerInnen sind zu Fuß unterwegs und 7 Prozent fahren Rad. Nur mehr 27 Prozent erledigen ihre Wege mit dem Auto. Damit ist der Anteil von PKW-Fahrten am Verkehrsaufkommen rückläufig. Ganz anders sieht es hingegen im Stadtgrenzen überschreitenden Verkehr aus: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) kommt auf 70 Prozent, der ÖV auf bloß 30 Prozent. Die dynamische Entwick-

lung der Region ist daher eine zentrale Herausforderung für die Verkehrspolitik. Doch mangelnde Koordination wie unklare Entscheidungsstrukturen zwischen den Bundesländern und innerhalb einzelner Dienststellen führen dazu, dass wichtige Beschlüsse nicht oder nicht optimal getroffen werden. Das gilt besonders für „übergreifende“ Projekte wie etwa den regionalen Schnellbahnverkehr.

### Neuordnung bei Verkehrsstrategien

Wiener Verkehrs-Entwicklungsstrategien sind untrennbar mit der Ostregion verbunden. Deshalb fordert die AK eine institutionelle Neuordnung in der Zusammenarbeit: „Nicht nur Wien, auch das Umland wächst mit. Der Verkehr ist eng mit dem Umland verbunden – Verkehrsregelungen, die allein auf Wien zielen, werden scheitern“, erklärt AK Expertin Judith Wittrich. Die Planungsgemeinschaft Ost und der Verkehrsverbund Ostregion (VOR) sollen aufgewertet werden, Magistrats- und Landesregierungsstellen müssen besser miteinander kooperieren, klare Entscheidungsmechanismen und nachvollziehbare Handlungsabläufe sind dafür notwendig.

### Bestbieterprinzip

Sozial- und Qualitätskriterien sollen bei Ausschreibungen im VOR-Gebiet an erster Stelle stehen, das Bestbieterprinzip muss entscheiden. Denn der Wettbewerb darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen, die Qualität von Angebot und Verkehrssicherheit darf nicht gemindert werden. Eine Stärkung des Umweltverbunds ist Pflicht.

### Leistbare Öffis mit Qualität

Damit das ÖV-Angebot weiter attraktiv bleibt, muss das Schienennetz ergänzt

## WIENER S-BAHN HAT POTENZIAL

# Attraktives Verkehrsmittel

Wien sollte massiv in die S-Bahn investieren. Die AK fordert einen Ausbau des S-Bahn-Netzes auch innerhalb der Stadt. Dafür könnten bereits vorhandene Strecken genutzt werden: Neue Haltestellen, neue Linienführungen auf diesen Strecken

und Lückenschlüsse bieten interessante Optionen. Diese Adaptionen wären schneller und günstiger als etwa die Errichtung einer neuen U-Bahn-Linie. Auch eine Verdichtung des Verkehrstaktes auf mindestens 15 Minuten wäre sinnvoll.



**Investitionen in die S-Bahn sind überfällig: Langfristiges Ziel sind 15-Minuten-Takte auch auf den Außenstäben und dichtere Intervalle auf den städtischen Tangentialen**

## Wiener Linien

# 8700

Von der Juristin über die BauwerkmeisterIn bis zur AutobuslenkerIn. Der Öffentliche Verkehr ist für Wien ein wichtiger Arbeitgeber. Mit 8700 MitarbeiterInnen sind die Wiener Linien einer der größten Betriebe der Stadt.

werden: Das betrifft die Straßenbahninfrastruktur und besonders die S-Bahn. Von einer Taktverdichtung auf ein 15-Minuten-Mindestintervall bei der S-Bahn profitieren sowohl PendlerInnen als auch WienerInnen. Das Umsteigen zwischen Bahn, Straßen- und U-Bahn sollte erleichtert, ein gemeinsames und flächendeckendes Fahrgastinformationssystem entwickelt werden. Wichtig ist, das Angebot an überregionalen Verbindungen zu stärken. Etwa durch Ausbau der Wiener Bahn-Südachse und der Elektrifizierung des Marchegger Astes.

### Aktive Mobilität weiter fördern

Um den Bedürfnissen der FußgängerInnen gerecht zu werden, muss das Wohnumfeld qualitativ gestaltet, die Ampeldichte reduziert und die Ampelschaltungen fußgängerInnenfreundlich angepasst werden. Für die RadlerInnen braucht es eine adäquate Radinfrastruktur (Einhaltung des Regelmaßes gemäß der Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen), absperrbare und leicht zugängliche Radabstellplätze müssen

in der Bauordnung verpflichtend verankert werden.

### Öffentlicher Raum

Gerade im dicht bebauten Stadtgebiet ist Öffentlicher Raum ein knappes Gut. Er muss auch in Zukunft für die Allgemeinheit – ohne Ausschluss bestimmter Bevölkerungs- oder Einkommensgruppen und ohne zeitliche Einschränkungen – nutzbar bleiben. Ein ausgewogenes Verhältnis im Öffentlichen Raum heißt: Mindestens die Hälfte der Aufenthaltsfläche bleibt der nicht-kommerziellen Nutzung vorbehalten. Die Gestaltung des Öffentlichen Raums muss die vielfältigen Ansprüche und die künftigen Anforderungen – insbesondere im Verkehrsbereich – berücksichtigen. Mobiliar und Infrastruktur-Ausstattung (etwa WLAN) sollen optimiert werden und entsprechend nutzbar sein. Öffentliches Eigentum sollte der Allgemeinheit zugänglich sein. Etwa Schulkturnhallen und Schulsportplätze, die gerade nicht für den Unterricht genutzt werden.

**„NICHT NUR WIEN, AUCH DAS UMLAND WÄCHST. DER VERKEHR IN DER OSTREGION IST STARK VERFLOCHTEN – VERKEHRSREGELUNGEN, DIE ALLEIN AUF WIEN ZIELEN, WERDEN SCHEITERN“, AK EXPERTIN JUDITH WITTRICH**

## WOHIN SOLL SICH WIEN ENTWICKELN?

# Die wichtigsten Forderungen der AK

### Öffentlicher Raum

- Gestaltung unter Berücksichtigung möglichst vieler Ansprüche
- Nicht-kommerzielle und kommerzielle Nutzung gleichstellen
- Zugang zu öffentlichem Eigentum

### Verwaltung

- Verlagerung gewisser Aufgaben von Bezirksebene auf die gesamtstädtische Ebene
- Zusammenlegung von Bezirken nach Homogenität oder Diversität

### Politische Mitbestimmung

- Hauptamtliche BezirksrätInnen
- Demokratisierung des Wahlrechts im Bezirk
- Berücksichtigung der ArbeitnehmerInnen-Interessen

### Verkehr

- Neuordnung regionaler Verkehrsstrategie
- Bestbieterprinzip
- Öffi-Ausbau (Intervalle, Infrastruktur-Ausstattung)
- S-Bahn als innerstädtisches Verkehrsmittel
- FußgängerInnen- und Rad-Infrastruktur fördern



Öffis sollen ausgebaut werden

### Gesundheit

- Mehr Personalressourcen für die mobile Betreuung
- Bessere Aufklärung pflegender Angehöriger
- Transparente Listen für elektive (nicht sofort notwendige) Operationen
- Leistungen für MigrantInnen zugänglicher machen

### Arbeit

- Arbeitsplatznaher Qualifikation; Betriebe beteiligen sich an den Ausbildungskosten
- Konkretisierung des Qualifikationsplans 2020
- Integration der Asylberechtigten am Wiener Arbeitsmarkt
- Niederschwelliger Zugang zur Mindestsicherung
- Mehr Projekte für den 2. Arbeitsmarkt

### Bildung

- Qualitätsausbau von Kinder-Betreuung und Frühförderung
- Sozialindizierte Mittelverteilung
- Ausweitung des Lehrstellenangebots plus höhere Ausbildungsqualität
- Mehr FH-Studienplätze und auf Perspektive kostenlose FH

### Wohnen

- Bau von 10.000 Wohnungen, davon zumindest 8000 geförderten pro Jahr
- Wirksame Kategorie förderbarer Wohnbau beschließen
- Innerstädtische Nachverdichtung plus Aktivierung von Baulandreserven
- Änderung des Mietrechts

### Wirtschaft

- Einführung der goldenen Investitionsregel
- Bestbieterprinzip
- Regionale Zusammenarbeit stärken

**Bauland für gemeinnützige Bauträger muss kostengünstig verfügbar sein, damit auch in Zukunft geförderter Wohnbau entstehen kann**



**Die AK fordert Transparenz und klare Definitionen von Zu- und Abschlägen im Mietrechtsgesetz sowie die Deckelung der Zuschläge mit 20 Prozent**



Um den Wohnbedarf in Wien zu decken, müssen mindestens 8000 geförderte Wohnungen pro Jahr errichtet werden

### LEBENSWERTEN WOHNRAUM SCHAFFEN!

## Wohnen muss leistbar bleiben

**Um den zukünftigen Anforderungen zu genügen, müssen in Wien jährlich 10.000 Wohnungen, davon mindestens 8000 geförderte, gebaut werden. Um auch genug Baufläche zu generieren, braucht es jetzt Maßnahmen der Stadt.**

Gutes muss besser werden. Im Vergleich mit anderen europäischen Großstädten hat Wien eine gute Wohnraumversorgung: Besonders im Altbestand sind die Mieten niedrig. Gentrifizierungsprozesse weniger wahrnehmbar. Durch das massive Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre zeigen sich jedoch bereits deutliche Anzeichen eines Wohnungsfehlbestandes – eine passende, leistbare, unbefristete Wohnung zu finden, ist schwierig. Hier muss die öffentliche Hand gegensteuern.

Um den Wohnraumbedarf zu decken, müssen mindestens 8000 geförderte Wohnungen pro Jahr errichtet werden. Geförderter Wohnbau ist ein Garant für Preisstabilität, denn im Unterschied zum privaten Wohnungsmarkt weist er eine moderate Preisentwicklung auf. Ebenso müssen die Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen der Stadt und die Sicherstellung einer ausgewogenen, sozialen Mischung bei gleichzeitigem Erhalt der Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen – einem zentralen Merkmal guter Stadtpolitik – im Vordergrund stehen.

### Kategorie förderbarer Wohnbau

Damit auch in Zukunft geförderter Wohnbau entstehen kann, muss das Bauland für ge-

meinnützige Bauträger verfügbar und leistbar sein. Deshalb wurde die Wiener Bauordnung novelliert und um eine Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ bzw. baulandmobilisierende Werkzeuge (befristete Baulandausweisung, städtebauliche Verträge) ergänzt. In der neuen Widmungskategorie ist allerdings nur die Einhaltung technischer Standards, wie sie für den geförderten Wohnbau gelten (etwa Wohnungsgröße, Wärmedämmung), festgelegt. Die zentrale Frage der Grundstückskosten, die tatsächliche Verfügbarkeit für den geförderten Wohnbau und das damit verbundene Ziel der Schaffung von leistbarem Wohnraum wird jedoch nicht berücksichtigt. Daher können innerhalb dieser Widmungskategorie Wohnungen errichtet werden, die weit teurer sind als der geförderte Wohnbau. Ziel sollte es aber sein, diese Grundstücke auch wirklich den gemeinnützigen Bauträgern zum Verkauf anzubieten. Die Möglichkeit des Abschlusses von „städtebaulichen Verträgen“ – ein Novum in der Wiener Bauordnung – er-

**„DURCH IHRE STRUKTUR SIND 1950er- UND 1960er-BAUTEN GUT GEEIGNET, UM DEN INNERSTÄDTISCHEN BEREICH NACHZU-VERDICHTEN“, SO AK EXPERTE CHRISTIAN PICHLER**

möglicht es, mit Bauwerbern privatrechtliche Vereinbarungen zu treffen. Hier kann Wien festlegen, welche Leistungen vom Bauträger erbracht werden müssen. Etwa, dass auch ein Anteil kleinerer Wohnungen errichtet wird.

### Baulandreserven aktivieren

Nicht bloß am Stadtrand sollen weiterhin Wohnungen entstehen, auch im innerstädtischen Bereich muss nachverdichtet werden. Nötiges Potenzial bieten Dachgeschosse, Baulücken und Nachverdichtungen bei geeigneten Baukörpern. Dadurch kann die bestehende Infrastruktur besser ausgelastet werden. „Durch ihre Struktur sind 1950er- und 1960er-Bauten gut geeignet, zusätzliches Bauvolumen aufzunehmen“, erklärt AK-Experte Christian Pichler. Doch derzeit gibt es kein namhaftes Nachverdichtungsprojekt. „Diese Projekte sind aber wichtig, denn sonst können wir die notwendigen Flächen nicht zusammenbringen“, weiß Pichler.

### Änderung des Mietrechts

Leistbare Wohnungen würden auch durch eine Änderung des Mietrechtsgesetzes geschaffen werden. Denn in den letzten Jahren sind die Mieten im privaten Segment markant angestiegen. Transparenz können klare Definitionen von Zu- und Abschlägen sowie die Deckelung der Zuschläge mit 20 Prozent schaffen. Außerdem müssen der Lagezuschlag abgeschafft und befristete Mietverträge – bis auf wenige Ausnahmen – verboten werden. Die Maklergebühr sollte ausschließlich vom Erstauftraggeber bezahlt werden.

### Goldene Regel

Um Wohnraum zu errichten, bedarf es einer guten Infrastruktur – u.a. Schulen, Kindergärten, Straßen, Öffentlicher Verkehr. Deren Finanzierung ist durch den innerösterreichischen Stabilitätspakt allerdings nicht ausreichend möglich. Für diese fundamentalen Investitionen muss die goldene Regel (siehe Kasten rechts) gelten.

### Nach Plan

# 120.000

Der 2014 beschlossene STEP 2025 will bis zu 120.000 Wohneinheiten errichten. Den Bedarf werden neben Umbauten und Verdichtungen vor allem mehrgeschossige Wohnhausanlagen – mit vielen geförderten Wohnungen – decken.

## ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN

# Sparen am falschen Platz

Wien wächst, doch sinnvolle Investitionen können derzeit nicht durch eine Neuverschuldung finanziert werden – auch, wenn es ökonomisch sinnvoll wäre.



Öffentliche Investitionen wirken über Jahrzehnte hinweg positiv auf die Wirtschaft

Mit 2639 Euro je EinwohnerIn liegt Wien in der Pro-Kopf-Verschuldung (Stand 2013) deutlich unter dem Durchschnitt der österreichischen Bundesländer (3555 Euro) und weit hinter Spitzenreiter Niederösterreich (4378 Euro). Das öffentliche Vermögen Wiens könnte sogar merklich höher sein als die öffentliche Verschuldung der Stadt. Wien wächst derzeit mit hohem Tempo. Aus ökonomischer Sicht spricht alles dafür, die notwendige Infrastruktur über Kredite zu finanzieren und nicht durch die Höhe der laufenden Steuereinnahmen zu begrenzen. Doch die EU-Fiskalregeln und der innerösterreichische Stabilitätspakt sehen das anders. Nicht einmal die unverzichtbaren Investitionen in öffentliche Infrastruktur, sozialen Wohnbau sowie Bildungs- und Sozialeinrichtungen bleiben vom Nulldefizit-Wahn verschont. Hier wird die Zukunft Wiens aufs Spiel gesetzt.

**Goldene Investitionsregel gefordert.** Deshalb müssen die europäischen Fiskalregeln stärker den nationalstaatlichen und regionalen wirtschaftlichen Erfordernissen angepasst

werden. Besonders dringend ist die Einführung einer „Goldenen Investitionsregel“. Sie würde die Finanzierung öffentlicher Nettoinvestitionen mittels Budgetdefiziten erlauben. Damit würden öffentliche Ausgaben, die einen erheblichen zukünftigen Nutzen in Form höheren Wachstums oder vermiedener Kosten generieren, auch durch eine Neuverschuldung finanziert werden können.

**Änderung des Fiskalpakts notwendig.** Öffentliche Investitionen wirken über Jahrzehnte hinweg positiv auf die Wirtschaftsentwicklung. Würden sie nur durch laufende Steuern finanziert, zahlt die heutige Generation die gesamten Investitionskosten, während auch zukünftige Generationen profitieren. Eine reine Steuerfinanzierung z.B. beim Ausbau der U-Bahnen wäre ökonomisch ineffizient – sie würde zu geringerer Investitionstätigkeit als wirtschaftlich notwendig führen. Deshalb sollte der Fiskalpakt derart geändert werden, dass über den Konjunkturzyklus hinweg eine Neuverschuldung im Ausmaß der öffentlichen Investitionen möglich ist.

## Die hohe Qualität muss gesichert werden



**Um die Qualität der Betreuung und Pflege zu sichern, sind gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für die Beschäftigten nötig**

Wiens Gesundheitssystem ist gut, doch mehr Personal, beste Information für pflegende Angehörige sowie MigrantInnen und ein Einblick in die Wartelisten elektiver (nicht sofort notwendige) Operationen sind nötig.

Wiener Gesundheitseinrichtungen arbeiten auf einem hohen Niveau – neue Spitäler, Ambulatorien und Pflegeheime wurden errichtet. Mit der älter werdenden Bevölkerung steigt jedoch die Zahl der chronischen Leiden und die Multimorbidität – das erhöht den Pflege- und Betreuungsaufwand. Steigender Kostendruck hat zu Reorganisationen und Arbeitsintensivierung geführt. Um die Qualität der Betreuung und Pflege zu sichern, braucht es daher gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für die Beschäftigten.

### Mehr Personalressourcen

Ältere und pflegebedürftige Menschen werden zwar überwiegend zu Hause betreut, doch die Pflege wird immer komplexer. Deshalb muss das Personal in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen – stationär und mobil – verstärkt werden. „Derzeit geht viel Zeit und Energie für Fahrten und schriftliche Dokumentationen verloren. Es bleibt oft zu wenig Raum für die Betreuung und Kommunikation mit den PatientInnen“, weiß AK Expertin Caroline Krammer.

### Bessere Infos für Pflegende

Betreuung in den eigenen vier Wänden bedeutet für pflegende Angehörige oft den Verlust des

Jobs oder die Unterbrechung des Erwerbsprozesses. Besonders Frauen sind zu Hause gebunden, viele kennen die Unterstützungsangebote nicht, die es ermöglichen, im Job zu bleiben. Die AK fordert einen besseren Informationszugang: „Zwar gibt es das Pflegetelefon und den Fonds Soziales Wien, aber immer noch genügend Menschen wissen über das Angebot nicht Bescheid“, erklärt Expertin Krammer.

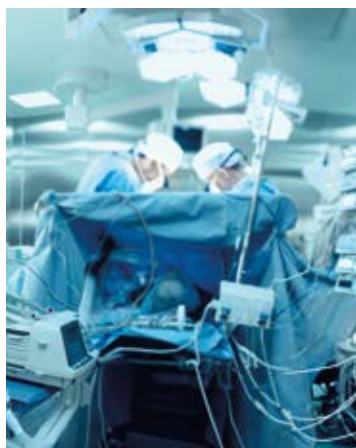
### Objektivierung der Wartezeiten

Mehr Information ist auch bei Operationen gefragt. Die AK fordert eine strenge Objektivierung der Wartezeiten für elektive OPs in Wiener Spitälern – damit müssen Wartezeitlisten im Internet veröffentlicht werden, sollte der Zeitraum vier Wochen überschreiten. Namen und Daten der PatientInnen werden freilich anonymisiert. Ziel: Betroffene können selbst entscheiden, welches Krankenhaus sie in Anspruch nehmen möchten.

### MigrantInnen den Zugang erleichtern

Daneben bestehen in der Gesundheitsversorgung strukturelle Probleme für Personen mit nicht-deutscher Muttersprache. Diese Menschen nutzen bestehende Angebote zu wenig. Oft fehlt ihnen der Überblick, mehr muttersprachliche Information ist für sie entscheidend – Vorbild ist u.a. das Projekt der Video-Dolmetscher im Rahmen der Behandlung nicht-deutschsprachiger PatientInnen in Wiener Spitälern.

**Die AK fordert eine strenge Objektivierung der Wartezeiten für elektive OPs in Wiener Spitälern – damit müssen Wartezeitlisten im Internet veröffentlicht werden, sollte der Zeitraum vier Wochen überschreiten**



Fotos: Kenzo, Pflvers, Sudok, onobitrik - fotolia.de, Filetuner



Geht es nach der AK soll das Lehrstellenangebot ausgeweitet, die Ausbildungsqualität, besonders bei der überbetrieblichen Lehrausbildung, gesteigert werden

## ZUKUNFT FÜR DIE JUNGEN

# Voraussetzung für Chancengleichheit schaffen

Wien muss sozial Schwächeren bessere Chancen bieten, etwa Frühförderung wie Ganztagsbetreuung ausweiten und mehr Fachhochschulplätze schaffen.

Wien wird jünger. Viele junge Menschen ziehen nach Wien, die Stadt weist erstmals seit langer Zeit wieder eine positive Geburtenbilanz auf. Damit kommen auch neue Herausforderungen auf den Bildungsbereich zu, denn trotz der vorhandenen guten Struktur übersteigt der Bedarf das Angebot. Ein gerechter Bildungszugang ist Voraussetzung für Chancengleichheit – insbesondere für Jugendliche, viele mit Migrationshintergrund, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Die Wiener Ausbildungsgarantie hat sich hierbei als sehr zielführendes Instrument erwiesen. Weiterhin gilt es, zu investieren: das Lehrstellenangebot muss ausgeweitet, die Ausbildungsqualität – besonders die überbetriebliche Lehrausbildung – gesteigert werden.

### Kinderbetreuung verbessern

Ein qualitativer Ausbau der Kinder-Betreuung und -Bildung im Vorschulbereich ist weiterhin nötig. Der Anteil an Kleinkinderbetreuung soll weiter steigen, Arbeitssuchende und Eltern in Bildungsmaßnahmen müssen beschäftigten Eltern gleichgestellt werden. Kinder mit Lernproblemen sind so früh als möglich zu fördern – je früher

auf Lernprobleme eingegangen wird, desto höher sind die Chancen, einen eventuellen Abbruch zu verhindern.

### Sozialindizierte Mittelverteilung

Es ist notwendig, in Standorten mit vielen sozial benachteiligten Kindern mehr Ressourcen aufzuwenden. Denn immer noch wird Bildung in Österreich in hohem Ausmaß vererbt. Besonders Brennpunktschulen sollen besser unterstützt werden: „Sei es in finanzieller Form, aber auch durch Sozialarbeiter und PsychologInnen“, erklärt AK Bildungsexpertin Ulrike Gollonitsch. Ein niederländisches Modell ist Vorbild: die Förderbarkeit wird nach zwei Indikatoren festgelegt, dem sozialen Background der Eltern und deren Ausbildung. Mit Erfolg, denn nach dem letzten Pisa-Test schnitten diese Schulen besser ab, auch der Unterschied zwischen den besten und schlechtesten SchülerInnen verringerte sich. Wien benötigt auch mehr Ganztagschulen in bester Qualität und Schulneubauten.

### Mehr FH Studienplätze

Verstärkt muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass der Bund in Wien deutlich mehr FH-Studienplätze zur Verfügung stellt. Als ersten Schritt soll Wien einen eigenen Fördertopf für „nicht traditionelle“ FH-Studierende schaffen. StudentInnen können die Studiengebühr so ersetzt bekommen, in Folge sollen auch die Studiengebühren an den Wiener FHs fallen.



Der Anteil an Kleinkinderbetreuung soll weiter steigen, Arbeitssuchende und Eltern in Bildungsmaßnahmen müssen mit beschäftigten Eltern gleichgestellt werden

**„BRENNPUNKTSCHULEN SOLLEN BESSER UNTERSTÜTZT WERDEN. SEI ES IN FINANZIELLER FORM, ABER AUCH DURCH SOZIALARBEITER UND PSYCHOLOGEN“, FORDERT AK EXPERTIN ULRIKE GOLLONITSCH**





**Die AK fordert mehr Partizipationsmöglichkeiten für Gruppen, die vom politischen Prozess weitgehend ausgeschlossen sind**

## DEMOKRATIE UND MITBESTIMMUNG

# Das politische System braucht Erneuerung

Um städtische Interessen besser umzusetzen, braucht es eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Stadt und Bezirk. Eine Neuaufteilung der Bezirke würde allen mehr Chancen bringen.

Wien hat als Bundesland, als Gemeinde und als Summe von 23 Bezirken unterschiedliche Bedeutungen. Dabei werden heute auf der städtischen Ebene die wesentlichen Entscheidungen getroffen. Das Bundesland dagegen hat durch den Beitritt zur EU an Gewicht verloren. Die Bezirksebene wurde seit den 70er Jahren ständig aufgewertet, weist aber unklare Zuständigkeiten auf.

### Gesamtstädtische Interessen übertragen

Die den Bezirken zugedachten Aufgaben betrafen ursprünglich Bestandspflege und Erhaltungsmaßnahmen. Die Kompetenzen wurden mit der Zeit erweitert. Heute ist ihre ‚Macht‘ meist informell begründet und kann etwa beim Verkehr oder der Flächenwidmung sehr groß sein. Gegen an sich unverbindliche Stellungnahmen der Bezirke gibt es kaum Einwände der Stadt. Das war bei der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung gut zu beobachten. Eine gesamtstädtische Kompetenz wird den Bezirken übertragen – völlig unabhängig davon, dass jede Bezirksentscheidung massive Auswirkungen auf andere Bezirke hat. Es sollte daher mehr zwischen gesamtstädtischen Interessen und Bezirksinteressen differenziert werden. Es gibt Aufgaben, die zentral besser gelöst

werden können anstatt wie bisher in den Bezirken.

### Gerechtere Bezirksaufteilung

Die Struktur der Wiener Bezirke ist inhomogen. Sie unterscheiden sich teilweise extrem in Größe, Anzahl der EinwohnerInnen oder bei der Verteilung von Einkommen und Bildung. So vertritt eine Bezirksrätin der Inneren Stadt 407 EinwohnerInnen, in Favoriten sind es 3043. „Es kann nicht sein, dass in den Bezirken, wo es am meisten zu tun gibt, die wenigsten Bezirksräte pro Einwohner sind“, sagt Thomas Ritt, Leiter der Abteilung Kommunalpolitik in der AK Wien. Eine neue Aufteilung in weniger Bezirke, in ähnlicher Größe und Struktur würde zu mehr Effizienz und Chancengleichheit führen. Die Zusammenlegung sollte entweder nach Homogenität (gleiche Strukturen sollen zusammenkommen) oder Diversität (jeder Bezirk ist gut gemischt) erfolgen. Auf Grund seiner besonderen Bedingungen (geringe Bevölkerungszahl, hohe Arbeitsplatzdichte, städtebauliche Sondersituation „Weltkulturerbe“, Tourismus – historisches Zentrum) passt der erste Bezirk nicht in dieses Modell. Eine direkte Verwaltung durch den Wiener Bürgermeister wäre hier eine passende Lösung.

**„WIR WOLLEN MEHR ZWISCHEN GESAMTSTÄDTISCHEN UND BEZIRKSINTERESSEN UNTERSCHIEDEN. ES GIBT AUFGABEN, DIE IM RATHAUS BESSER GELÖST WERDEN KÖNNEN ALS IM BEZIRK.“ SO THOMAS RITT ABTEILUNGSLEITER AK KOMMUNALPOLITIK**



## Mehr Professionalität in den Bezirken

Die BezirksvertreterInnen brauchen mehr Unterstützung für ihre wichtige lokale Arbeit. Die meisten können nur wenige Termine tagsüber wahrnehmen, weil sie berufstätig sind. Die Einführung von hauptamtlichen „BezirksrätInnen“ (etwa öffentlicher Raum, Verkehr, Soziales) wäre sinnvoll. Dafür sollte der 2. Bezirksvorsteherstellvertreter eingespart werden. Damit wäre diese Reform kostenneutral.

## Demokratisierung des Wahlrechts

BezirksvorsteherInnen sollen von der Mehrheit der BezirksvertreterInnen gewählt werden. Derzeit reicht es aus, dass die stärkste Partei einen Wahlvorschlag einreicht, der von der Mehrheit der eigenen Bezirksräte gewählt wird. Im 1. Bezirk sind das 13% der BezirksvertreterInnen – die Mehrheitsfraktion hält derzeit bei 25,7% der Stimmen.

## Mehr Fokus auf ArbeitnehmerInnen

In einigen Innenstadtbezirken ist die Zahl der dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen höher als die der EinwohnerInnen. Im 1. Bezirk kommen auf eine/n BezirksbewohnerIn sieben ArbeitnehmerInnen, im 9. ist das Verhältnis 1:1,4 und in Neubau 1:1,2. Die politische Vertretung wird jedoch ausschließlich von den BewohnerInnen, sofern EU BürgerInnen, gewählt. Es muss daher mehr auf die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen eingegangen werden.

## Alle sollen teilnehmen

Demokratiereformen und politische Beteiligungsinstrumente müssen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegenwirken. Sie sollen die gleiche Teilnahme aller ermöglichen. Um auch ausgegrenzte Gruppen anzusprechen und nicht wie jetzt nur die gut gebildeten und artikulationsstarken, sind in Beteiligungsverfahren geeignete Themen und Methoden zu wählen. Dazu braucht es entweder neue Institutionen, die gleiche Beteiligung ermöglichen, oder zusätzliche Unterstützung für bereits vorhandene Institutionen wie z.B. Gebietsbetreuung, Jugendzentren und Mieterbeiräte.

## Wiener Wahlen 2015

1.327.311

Bei den Wiener Bezirksvertretungswahlen 2015 waren 1.327.311 Menschen wahlberechtigt, die Beteiligung lag bei 67,4%. Bei den Gemeinderatswahlen 2015 waren jedoch nur 1.143.076 Wahlberechtigte, davon gingen 74,75% wählen.

## DAS REGIERUNGSPROGRAMM IM AK CHECK

# Ehrgeizig, aber wenig konkret

Das neue Regierungsprogramm der Wiener Stadtregierung spricht zahlreiche Punkte an. „Wien wächst“ und die daraus resultierenden Herausforderungen sind das zentrale Thema. Es fehlt jedoch häufig an Umsetzungs- und Realisierungshorizonten.



**Bildung:** Ausbau von Ganztageschulen und Tagesbetreuungen. Kinderbildungs- und -betreuungsplätze soll es für jedes Kind unabhängig von Alter und der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern geben.

**Wirtschaft:** Das Bestbieter-Prinzip soll angewendet werden. Auch für die Goldene Regel will sich die Stadt einsetzen.

**Wohnbau:** In Wien sollen 10.000 neue Wohnungen pro Jahr entstehen, vor allem geförderte Wohnungen.

**Mobilität:** Wien verspricht ein besseres S-Bahn-Angebot mit kurzen Zugintervallen, die Einführung einer Halbjahreskarte wird überprüft.

**Arbeit und Soziales:** Die „Wiener Ausbildungsgarantie“ soll weiterentwickelt werden. „Gute Arbeit“ soll das Ziel sein.

**Gesundheit:** Anspruch aller Menschen auf bestmögliche medizinische Versorgung. Dem Privatisierungsdruck im Gesundheitssystem soll standgehalten werden.

**Politisches System:** Neue Vorschläge zur Zusammenarbeit von Gemeinde und Bezirken sollen erarbeitet werden.



**Bildung:** Die Verkleinerung der Gruppengröße und des Betreuungsschlüssels in der Elementarbildung fehlt genauso wie der Ausbau der FH Studienplätze und die Förderung nichttraditionell Studierender.

**Arbeit und Soziales:** Arbeitsmarktpolitische Vorhaben bleiben weitgehend unbestimmt. Wie Benachteiligte besser über das Sozialsystem informiert werden, bleibt unklar.

**Wirtschaft:** Nur vage Aussagen zum aufgabenorientierten Finanzausgleich und zur Schaffung finanzieller Grundlagen für Infrastrukturinvestitionen.

**Wohnbau:** Die interne Zielvorgabe von 7000 geförderten Wohnungen pro Jahr unterscheiden sich nicht vom aktuellen Stand. Die Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ wird nicht näher konkretisiert. Auch Aufteilungsschlüssel zur Neubauleistung und die Anwendung städtebaulicher Verträge fehlen.

**Mobilität:** Ohne Aufwertung der koordinierenden Institutionen erscheint eine gute Verkehrspolitik in der Region nicht umsetzbar, keine Erwähnung des Bestbieterprinzips bei den Verhandlungen zu den Verkehrsdienstverträgen.

**Gesundheit:** Keine Erläuterung, wie die Arbeitsbelastung der KAV-MitarbeiterInnen besser verteilt werden soll.